

## Europa 2007 - von Bonn über Berlin und Rom nach Sibiu

Das Jahr 2007 wird für politisch interessierte Katholiken ein interessantes Jahr. Zunächst übernimmt Deutschland, in einer kritischen Phase der europäischen Integration, am 1. Januar 2007 die EU-Ratspräsidentschaft. Das war für das ZdK Anlass, einen Diskussionsbeitrag zur Ausgestaltung der sozialen Dimension der Europäischen Union vorzulegen. Gerade weil die Zustimmung zu Europa zurückgegangen ist und viele Menschen für ihre Zukunft empfindliche Einbußen an ihrem Lebensstandard und den Verlust sozialer Sicherheit befürchten, brauchen wir umfassende Initiativen zur Ausgestaltung der sozialen Dimension der Union.

Nur wenn klar ist, dass die soziale Dimension im europäischen Integrationsprozess kräftig bestätigt wird, kann man das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen. Dann macht es auch Sinn, in Berlin und Rom den 50. Jahrestag der Römischen Verträge vom 25. März 1957 zu feiern.

Vom 4.-8. September 2007 findet schließlich in Sibiu (Hermannstadt) in Rumänien die Dritte Europäische Ökumenische Versammlung statt. 2500 Delegierte aus allen christlichen Kirchen werden dort zusammenkommen. Die Deutsche Bischofskonferenz hat zahlreiche Mitglieder des ZdK als Delegierte für Sibiu berufen. Sie werden auch dort, in der spezifischen Tradition des sozialen Katholizismus mit seinem "starken" Begriff der Solidarität, seinem Subsidiaritätsdenken und seinem Vertrauen in die Verantwortungs- und Leistungsbereitschaft des Einzelnen, für die Ausgestaltung der sozialen Dimension der Europäischen Union werben - und ganz generell für ein Europa, das sich zu seinen christlichen Wurzeln bekennt.

Stefan Vesper

12. Jg. Nr. 6 18. Dezember 2006

## Inhalt

### Jugendschutz in Europa absichern

Zur geplanten Fernsehrichtlinie der Europäischen Union  
Klaus Prömpers 2

### Nachbesserungen sind weiter notwendig

Interview mit Staatsminister Neumann zur EU-Fernsehrichtlinie 3

### Mehr Autonomie wagen

Plädoyer für einen ermöglichenden Staat  
Ansgar Klein 4

### Testfall für kohärente Politik

Weltweiter Agrarhandel  
Johannes Wallacher 6

### Darfur - Was kann man tun

Interessengelenkte Blockadepolitik aufbrechen  
Karl-Heinz Lather 8

### Handeln bevor es eng wird

Armutsprävention als Aufgabe des Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF)  
Claudia Steinborn 10

### Gott führt in die Weite

Meditation zum Leitwort des Osnabrücker Katholikentags  
Hubertus Brantzen 11

### Aus der Arbeit des ZdK

Flugticketabgabe, Europa, Ladenöffnungszeiten 12

## Jugendschutz in Europa absichern

**Die Europäische Union plant eine neue Rahmengesetzgebung für audiovisuelle Mediendienste. Kulturstaatsminister Bernd Neumann hofft, dass Ministerrat und Parlament die Richtlinie unter deutscher EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 abschließen können. Dabei soll nicht nur das digitale Fernsehen im Mittelpunkt stehen, sondern auch die neu auf den Markt drängenden Dienste wie video-on-demand (Fernsehen auf Abruf), Internetangebote und Handyfernsehen (non-lineare Dienste).**

Diese neuen Dienste sind wie Fernsehdienste sowohl kulturelle als auch wirtschaftliche Güter. Sie unterliegen bisher europäischen Vorgaben im Bereich des Wirtschaftsrechts. Dies kann in einem Wachstumsmarkt zu Wettbewerbsverzerrungen führen zwischen klassischen Fernsehdiensten und neuen audiovisuellen Mediendiensten.

Insbesondere aber gilt ein unterschiedliches Schutzniveau für vor allem jugendliche Konsumenten. Generell gilt in Europa die realistische Sicht des "Fernsehens ohne Grenzen". Digitale Signale lassen sich nicht an nationalen Grenzzäunen aufhalten. Die neuen Dienste bedürfen aber als besondere Angebote im Sinne von kultureller Tradition und Demokratie eines einheitlichen Rechtsrahmens. Das gilt besonders mit Blick auf den Regelungsbedarf in den Bereichen Jugendschutz, Platzierung von Produkten in Fernsehproduktionen und der Forderung nach generell geregelter kostenfreier Kurzberichterstattung für alle.

Damit der Jugendschutz nicht kommerziellen Wünschen geopfert oder auf ein Minimum reduziert wird, gilt es in Europa zu einem gemeinsamen Standard zu kommen, um Gewalt- und sexuelle Darstellungen sowie kommerzielle Angebote an Jugendliche zu unterbinden. Das ZdK hat in Briefen an deutsche und europäische Medienpolitiker gefordert, den hohen Standard des deutschen Jugendschutzes zu sichern. Was die Bundesprüfstelle für Jugendgefährdung in den vergangenen Jahrzehnten an Standards gesetzt hat,

sollte nicht auf dem Altar wirtschaftlicher Einzelinteressen geopfert werden. Der Kulturausschuss des Europaparlaments zeigte sich in seiner Abstimmung am 13. November mehrheitlich willens, diesem Argument zu folgen (zur Position der Bundesregierung siehe das anschließende Interview mit Staatsminister Neumann).

Beim Thema Produktplatzierung ist es nach Auffassung des ZdK unerlässlich, das Trennungsgebot zwischen Werbung und Programminhalten aufrecht zu erhalten. Der aktuelle EU-Kompromiss sieht vor, dass Kinder- und Nachrichtensendungen weiter von Produktplatzierungen ausgenommen bleiben sollen. Für den Zuschauer soll in der Zukunft klarer erkennbar sein, welche Firma für welche Produkte wirbt und damit Einfluss auf die Sendung nimmt.

### **Informationsfreiheit gewährleisten**

Angesichts der zunehmenden Zahl von Großaktivitäten in Sport und Kultur, die möglichst exklusiv vermarktet werden, gilt es im Sinne der Informationsfreiheit darauf zu drängen, dass ein Kurzberichterstattungsrecht europaweit festgeschrieben wird. Nur das ermöglicht dem Zuschauer, sich umfassend zu informieren, ohne für spezielle Interessengebiete jeweils besondere Zahlungen leisten zu müssen.

Noch Mitte Dezember will das Europaparlament in erster Lesung über diese Richtlinie (Gesetz) abstimmen. Dann werden der EU-Kulturministerrat und das Parlament im kommenden Jahr weiterberaten. Es zeichnet sich ab, dass nicht alles europaweit genormt werden soll. Den einzelnen Ländern sollen individuelle Regelungsmöglichkeiten bleiben, um an ihre jeweilige kulturelle Tradition anknüpfen zu können. Die Medienpolitiker der Großen Koalition wollen in einem Entschließungsantrag des Bundestages ihre Regierung auffordern, die "Richtlinie für audiovisuelle Medien" zu einem Schwerpunkt ihrer Medienpolitik zu machen.

In den kommenden Monaten gilt es weiter zu beobachten, welche Kompromisse in Brüssel und Straßburg angezielt werden. Wenn nötig, sollte das ZdK seine Stimme noch einmal für effektiven Jugendschutz und gegen die totale Kommerzialisierung der audiovisuellen Medien in Europa erheben.

*Klaus Prömpers, medienpolitischer Sprecher des ZdK*

## Nachbesserungen sind weiter notwendig

Interview mit Staatsminister Bernd Neumann, MdB, Beauftragter der Bundesregierung für Kultur und Medien, zur EU-Fernsehrichtlinie

### **1. Wie stehen Sie bzw. die Bundesregierung zu dem von uns formulierten Verbesserungsbedarf und welchen Spielraum gibt es noch für Nachbesserungen?**

Zunächst ist es ein Erfolg der bisherigen Verhandlungen zur Richtlinie, dass nun auch für neuartige Abrufdienste, wie z.B. Video-on-demand, Mindeststandards für den Jugendschutz vereinbart wurden. Das war nicht selbstverständlich. Für die traditionellen Fernsehdienste gilt dieses Prinzip der Mindestharmonisierung schon seit Erlass der Richtlinie im Jahr 1989. Deutschland steht es weiterhin frei, strengere Jugendschutzregeln zu erlassen. Diese Möglichkeit haben Bund und Länder in der Vergangenheit genutzt und ein effektives, modernes Jugendschutzsystem aufgebaut. Ein weiterer Verhandlungserfolg unserer Verhandlungen in Brüssel ist auch, dass in der allgemeinen Ausrichtung des Rates vom 13. November eine Regelung enthalten ist, die es uns weiterhin erlaubt, extrem jugendgefährdende oder rassistische Inhalte von Abrufdiensten zu sperren, auch wenn sie aus einem anderen EU-Mitgliedstaat kommen. Insoweit müssen auch ausländische Sender sich an die deutschen Vorgaben im Jugendschutz halten. Das Herkunftslandsprinzip generell in Frage zu stellen, halte ich nicht für angemessen. Es ist das Grundprinzip der alten und auch der neuen Richtlinie, ohne das "Fernsehen ohne Grenzen" nicht funktionieren kann.

### **2. Wie stark kann man die Pflicht zur Kurzberichterstattung in der Richtlinie verankern?**

Wir haben erreicht, dass das Kurzberichterstattungsrecht, anders als im Kommissionsvorschlag ursprünglich vorgesehen, EU-weit von allen Mitgliedstaaten eingeführt werden muss. Das deutsche System, das die Bedingungen und Voraussetzungen der Kurzberichterstattung genau regelt, kann in seiner jetzigen Form bestehen bleiben. Genauso wie wir, wollen aber auch andere Mitgliedstaaten über die konkrete Ausgestaltung des Kurzberichterstattungsrechts selbst entscheiden

und es an ihr System anpassen. Auf europäischer Ebene können und dürfen an dieser Stelle nur allgemeine Vorgaben getroffen werden.

### **3. Welche Verbesserung hat die deutsche Initiative zur Produktplatzierung bereits gebracht?**

Ich halte Produktplatzierungen für problematisch, da nach den journalistischen, medienethischen Grundsätzen Werbung und Programm getrennt sein sollten. Deshalb habe ich mich gegen den Änderungsvorschlag der EU-Kommission gewandt, Produktplatzierung grundsätzlich zu erlauben. Das war erfolgreich. Nach der jetzt vorgesehenen Regelung bleiben Produktplatzierungen grundsätzlich verboten. Die Mitgliedstaaten dürfen nur für genau bestimmte Formate (im Wesentlichen im fiktionalen Bereich und Sportsendungen) unter strengen Bedingungen Ausnahmen zulassen. Kindersendungen dürfen in keinem Fall Produktplatzierungen enthalten. Wir haben also Einiges erreicht. Wichtig ist für mich, dass auch Themenplatzierungen in der Regelung klar verboten werden. Dafür werde ich mich im Laufe der weiteren Verhandlungen aktiv einsetzen. Deutschland arbeitet mit der finnischen Präsidentschaft eng zusammen.

### **4. Welche Ziele setzen Sie sich während der Ratspräsidentschaft für die Richtlinie und generell im Bereich der Medienpolitik?**

Die Arbeit an der Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste, wie die Fernsehrichtlinie nach der Änderung heißen wird, ist sicherlich der Schwerpunkt unseres medienpolitischen Programms während der Ratspräsidentschaft. Wir wollen möglichst einen gemeinsamen Standpunkt des Rates erzielen. Dies wäre die Voraussetzung für eine frühe zweite Lesung im Parlament und eine zügige Verabschiedung der Richtlinie. Die Richtlinie wird auch Thema eines informellen Ministerrats im Februar nächsten Jahres sein, zu dem ich meine europäischen Kollegen anlässlich der internationalen Filmfestspiele in Berlin einladen werde. Außerdem planen wir für Mai 2007 ein EU-Medienexpertenseminar zu dem Thema Nutzervertrauen in die digitalen Medien. Es geht um die Frage, welche Strukturen erforderlich sind, um das Vertrauen der Bürger in digitale Inhalte zu stärken. Eine wichtige Rolle werden dabei die Ko- und Selbstregulierung spielen, die in Deutschland im Bereich des Jugendschutzes bereits erfolgreich eingesetzt werden.

### **Mehr Autonomie wagen**

#### **Plädoyer für einen ermöglichenden Staat**

*Unter Zivilgesellschaft ist zum einen ein Typus des sozialen Handelns zu verstehen, der auf öffentliche Verständigung - auch im Konflikt - ausgerichtet ist, der durch individuelle wie gesellschaftliche Autonomie und Selbstorganisation gekennzeichnet ist, der Unterschiede und Vielfalt anerkennt, auf Gewaltfreiheit basiert und einen Gemeinwohlbezug bei den verfolgten Anliegen aufweist. Ein solches Handeln kann sich auch in Staat, Wirtschaft und Privatsphäre finden, doch ist es vor allem angesiedelt in einem sozialen Raum zwischen diesen: Einem Raum der Vereine und Zusammenschlüsse der Bürgerinnen und Bürger, der durch ein hohes Maß an Selbstorganisation und durch bürgerschaftliches Engagement gekennzeichnet ist.*

In Zeiten absolutistischer Herrschaft, in denen die Idee der Zivilgesellschaft ihren Ausgang genommen hat, und auch im Kampf gegen die Diktaturen des 20. Jahrhunderts hat Zivilgesellschaft in kritischer Gegenstellung zum Staat gestanden. In einer demokratischen Gesellschaft mit Rechts- und Verfassungsstaat und funktionierendem Parlamentarismus steht sie in einem Verhältnis kritischer Partnerschaft.

#### **Staat und Zivilgesellschaft: Kritische Partnerschaft**

Zivilgesellschaft braucht nicht nur förderliche ökonomische, soziale und kulturelle Rahmenbedingungen. Sie ist insbesondere angewiesen auf den Rahmen des demokratischen Rechtsstaats, der die Voraussetzung nicht nur für die Gewaltfreiheit des zivilgesellschaftlichen Handelns darstellt, sondern auch für die Legitimität demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung. Andererseits führt die Zivilgesellschaft dem demokratischen Rechts- und Verfassungsstaat beständig die Gestaltungs- und Beteiligungspotentiale zu, auf die dieser angewiesen ist. Engagement, Selbstermächtigung, Freiwilligkeit und Selbstorganisation gehören - ganz im Sinne des Staats- und

Verfassungsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde - zu den Voraussetzungen, auf denen der demokratische Rechts- und Verfassungsstaat basiert, ohne sie aber mit den eigenen Mitteln herstellen und reproduzieren zu können.

#### **Funktionen der Zivilgesellschaft**

Zivilgesellschaft ist Kontroll- und Frühwarnsystem, öffentlicher Resonanzverstärker und Artikulator gesellschaftlicher Problemlagen. Diese politischen Funktionen werden durch das advokatorische Eintreten für die Interessen marginalisierter und sozial schwacher Gruppen sowie den so genannten "Public interest-Lobbyismus" ergänzt, der beispielsweise in der Agenda von Menschenrechts-, Frauen-, Umwelt- oder Entwicklungshilfeorganisationen eine bedeutende Rolle spielt. Zivilgesellschaft ist auch ein bedeutender Ort der politischen Sozialisation. Aus der Perspektive der Zivilgesellschaft ist Politik nicht nur eine Angelegenheit der gewählten Repräsentanten und der Parteien - das Verständnis von politischer Gestaltung und Partizipation in der Zivilgesellschaft führt der repräsentativen Demokratie notwendige Energie und Beweglichkeit zu.

#### **Soziale Integration**

In sozialer Hinsicht kann Zivilgesellschaft wesentliche Beiträge zur sozialen Integration leisten. In der wissenschaftlichen Diskussion über das "soziale Kapital" der Gesellschaft wird mit Recht vor allem die Brückenbauende Funktion des Sozialkapitals hervorgehoben, die der Separierung und Ausgrenzung wie auch den Stereotypen und Feindbildern entgegenwirkt, die die Zivilität auch der demokratischen Gesellschaft bedrohen.

Schließlich hat Zivilgesellschaft auch eine Funktion als Koproduzent sozialer Leistungen. Immerhin sind nach neuen Umfragen des Freiwilligensurveys der Bundesregierung von 2004 ca. 25 Millionen Menschen in Deutschland mit mehreren Wochenstunden engagiert. Hier liegt ein enormer Beitrag gesellschaftlicher Gestaltung und ein Beitrag zur Qualität auch von Dienstleistungen. Die Funktion des sozialen Koproduzenten reicht von den Nahräumen von Selbst- und Nachbarschaftshilfe über soziale Dienste etwa in Pflege und Hospiz, bis hin zu kulturellen Angeboten sowie Umwelt- und Naturschutz.

### **Ein neuer Gesellschaftsvertrag**

Auch wenn der Staat keinen direkten Zugriff auf die Aktivitäten der Zivilgesellschaft hat, so kann er durchaus mittels geeigneter und förderlicher Rahmenbedingungen zu ihrer besseren Entfaltung beitragen. Das politische Interesse an einer Stärkung der Zivilgesellschaft speist sich, so der Präsident des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Jürgen Kocka, nicht zuletzt aus der gewachsenen Einsicht in die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Staates. Neue Aufgabenverteilungen zwischen Staat und Gesellschaft müssen in deren Folge diskutiert werden.

Diese Diskussion ist schwierig: Was sind dauerhafte Zentralaufgaben des demokratischen Rechtsstaats? Wie verlässlich und belastbar ist bürgerschaftliches Engagement? Wie entgeht man seiner Instrumentalisierung im Zusammenhang mit einem voranschreitenden Sozialabbau nach dem simplen Motto: weniger Staat, mehr Zivilgesellschaft! Gerade die Verfechter eines Marktliberalismus würden einer Forderung nach weniger Staat sicher zustimmen. Doch übersehen sie, dass auch der Markt nicht alle Probleme lösen kann und dass die Entwicklung von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement nicht einfach weniger Staat, sondern einen Staat benötigen, der ermöglicht, aktiviert und gewährleistet.

### **Reformpolitische Leitbilder**

Auch wenn die reformpolitischen Diskussionen über einen "neuen Gesellschaftsvertrag" zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft voller Fallstricke sind, so setzt sich doch - angeregt nicht zuletzt durch die 2002 publizierte Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" - zunehmend die Einsicht durch, dass der Staat sich durch die Stärkung der Zivilgesellschaft selber stärken kann.

Der "ermöglichende Staat" kann die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement und die Organisationen der Zivilgesellschaft verbessern. Dies reicht von dem Versicherungsschutz für Engagierte über Aus- und Fortbildungsangebote bis hin zu Steuerpolitik und der Förde-

rung von nötigen Infrastrukturen der Engagementförderung.

Der "aktivierende Staat" kann engagementferne Gruppen näher an das Engagement heranführen - etwa indem Jugendfreiwilligendienste auch für Hauptschüler attraktiv gemacht werden, indem die Netzwerkbildung in einem Stadtteil gefördert oder indem arbeitslosen Menschen die Möglichkeit gegeben wird, ihre Kompetenzen sinnvoll gesellschaftlich einzubringen. Der "gewährleistende Staat" zieht sich dort aus der unmittelbaren Aufgabendurchführung zurück, wo dies besser durch zivilgesellschaftliche Akteure geschehen kann. Er behält aber die Verantwortung dafür, dass diese Aufgaben in guter Weise erfüllt werden. Angesichts der Tatsache, dass 80 Prozent des Engagements in den Kommunen erbracht wird, ist das Leitbild der "Bürgerkommune" von zentraler Bedeutung. Schließlich sind auch die Unternehmen in einer Diskussion über ihre Verantwortung für die Gesellschaft.

### **Mehr Autonomie wagen**

Für die Anhänger des "starken Staats" in der Tradition eines in Deutschland ausgeprägten etatistischen Denkens ist die Idee, der Zivilgesellschaft mehr Gestaltungsspielräume zu geben, noch immer eine Provokation: So verwundert es auch nicht, dass - etwa in den aktuellen Diskussionen über eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts - die Vorstellung, der Staat solle nur diejenigen Aktivitäten fördern, die ihn unmittelbar bei seinen Aufgaben entlasten, fröhliche Urstände feiert. Doch wo die Aktivitäten der Bürgerinnen und Bürger ausschließlich in den Schranken eines übergeordneten Staatsinteresses betrachtet werden, werden Eigensinn und Autonomie der Zivilgesellschaft verfehlt. Gibt der Staat der Zivilgesellschaft hingegen mehr Spielraum und geeignete Rahmungen, so wird er letztlich sich selber stärken. Dafür freilich gilt es das Prinzip der Freiwilligkeit zivilgesellschaftlichen Handelns zu respektieren.

*Dr. Ansgar Klein, Geschäftsführer "Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement" und Herausgeber des Forschungsjournals "Neue Soziale Bewegungen"*

## Testfall für kohärente Politik

Ein Positionspapier von katholischer Landjugendbewegung und Justitia et Pax

*Die Diskussion um den weltweiten Agrarhandel ist häufig geprägt von dem vermeintlichen Gegensatz zwischen entwicklungs-politischen Zielen und dem Schutz der Landwirtschaft bei uns. Im Blickfeld steht dabei das umfangreiche System von Marktzugangsschranken, internen Beihilfen und Exportsubventionen, mit dem sich die Industrieländer seit langem Wettbewerbsvorteile gegenüber der Konkurrenz aus dem Süden verschaffen. Während die einen diese Maßnahmen für den Erhalt der einheimischen Landwirtschaft als unumgänglich ansehen, halten die anderen den Abbau dieser Wettbewerbsverzerrungen aus Gründen der Gerechtigkeit und im Interesse der Armen in den Entwicklungsländern für dringend geboten.*

Dieser Konflikt hat wesentlich mit zum Stillstand der laufenden Welthandelsrunde beigetragen. Das zeigt, welche eminent politische und paradigmatische Bedeutung eine Einigung im Bereich des weltweiten Agrarhandels hat. Ohne einen für alle Seiten erträglichen Kompromiss in diesem Bereich werden kaum Fortschritte im Bemühen um eine Weiterentwicklung der Ordnung des gesamten Welthandels möglich sein. Die Rückkehr zu bilateralen und regionalen Abkommen wäre für alle Beteiligten die schlechtere Alternative, vor allem für die ärmsten Länder, weil sie dann ihre Interessen noch viel schwerer zu Gehör bringen könnten.

### Gemeinsame Anliegen

Vor diesem Hintergrund ist es mehr als bemerkenswert, dass die Deutsche Kommission Justitia et Pax zusammen mit der Katholischen Landvolkbewegung und der Katholischen Landjugendbewegung Ende 2005 ein gemeinsames Positionspapier zur Reform des weltweiten Agrarhandels vorgelegt haben. Die Grundthese ist, dass der vermeintliche Konflikt zwischen agrar- und entwicklungs-politischen Interessen keineswegs so

eindeutig ist wie häufig unterstellt und es durchaus gemeinsame Anliegen gibt. Eine Analyse der gegenwärtigen Welthandelsbedingungen zeigt nämlich nicht nur, dass die hochgradig verzerrten Strukturen des Weltagrarhandels die Exportchancen vieler Entwicklungsländer beeinträchtigen und deren landwirtschaftliche Strukturen bedrohen. Sie können im internationalen Subventionswettbewerb nicht mithalten und werden teilweise mit Agrarprodukten aus Industrieländern überschwemmt, deren Preise aufgrund der Subventionen unterhalb der Kosten lokaler Produktion liegen.

Der weltweite Agrarhandel in seiner derzeitigen Form führt auch bei uns zu massiven wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fehlentwicklungen. Denn das Ergebnis des durch die hohen Subventionen verzerrten Konkurrenzkampfs um Weltmarktanteile sind ruinös niedrige und instabile Preise auf den Weltmärkten. Als Folge davon können zu den gegenwärtigen Weltmarktpreisen auch bei uns in Europa nur noch wenige Bauern kostendeckend produzieren. Das derzeitige System vielfältiger staatlicher Interventionen verhindert ökonomisch wie ökologisch sinnvolle Anpassungsprozesse. Das massenhafte Sterben gerade kleiner und mittlerer Höfe sowie einen bisher nicht gekannten Konzentrationsprozess auf immer weniger und größere Agrarbetriebe hat es auf jeden Fall nicht stoppen können.

### Abbau von Exportunterstützungen

Auf der Basis dieser Analyse geht es dem gemeinsamen Positionspapier darum, Auswege aus festgefahrenen Positionen zu suchen und Perspektiven für die Sicherung einer nachhaltigen Landwirtschaft im Norden wie im Süden zu entwickeln.

Dazu braucht es eine kohärente Abstimmung zwischen Entwicklungs-, Agrar- und Handelspolitik. Grundlage dafür ist eine tief greifende Reform und Neuausrichtung des Agrarabkommens der Welthandelsorganisation WTO. Und zwar weg von einer Logik, die vor allem die partikulären Interessen großer Agrarexporteure im Blick hat, hin zu einem Ordnungsrahmen mit fairen Rahmenbedingungen, welche die derzeitigen Wettbewerbsverzerrungen im weltweiten Agrarhandel abbauen und auch ökologische wie andere nichthandelsbezogene Anliegen wie z.B. Verbraucherschutz angemessen berücksichtigen.

Priorität muss dabei ein zügiger und vollständiger Abbau jeder Art von Exportunterstützung haben, da diese eigenständige landwirtschaftliche Strukturen in den ärmeren Ländern gefährden und notwendige Anpassungen hin zu einer nachhaltigen multifunktionalen Landwirtschaft bei uns verzögern. Dazu gehören auch klare Vereinbarungen, um Exportkredite und kommerzielle Nahrungsmittelhilfe zu unterbinden. Letztere sollte auf akute Notsituationen beschränkt sein, da sie sonst mehr schadet als nutzt.

### **Strukturwandel fördern**

So notwendig der Abbau der Exportsubventionen ist, so fragwürdig ist allerdings auch die häufig geforderte völlige Liberalisierung des Agrarsektors. Dies würde nämlich im Norden wie im Süden die Konzentration auf wenige agroindustrielle Großbetriebe verstärken und kleinbäuerlichen Betrieben die Erwerbchancen nehmen. Darum braucht es zumindest in einer Übergangsphase weiter die Möglichkeit zur Unterstützung der heimischen Landwirtschaft. Dabei ist allerdings sicherzustellen, dass diese nicht als verdeckte Subventionen den Handel verzerren, sondern ausschließlich dafür verwendet werden, bei uns wie in den Entwicklungsländern einen Strukturwandel hin zu einer multifunktionalen Landwirtschaft zu fördern.

### **Differenzierter Umgang mit Agrarzöllen**

Auch die Frage des Marktzugangs erfordert eine differenzierte Vorgehensweise. Die Industrieländer müssen ihre immer noch hohen Außenzölle für Agrarimporte aus dem Süden deutlich reduzieren, vor allem die Zölle auf verarbeitete Produkte. Allerdings gibt es in dieser Frage auch erhebliche Interessenkonflikte unter den Entwicklungsländern. Während potenzielle Agrarexporteure, allen voran Länder wie Brasilien, Thailand oder Südafrika, eine weitergehende Öffnung der Agrarmärkte des Nordens fordern, geraten die ärmeren Länder dadurch in große Schwierigkeiten. Sie besitzen nämlich teilweise bereits einen zollfreien Zugang zu den Märkten der Europäischen Union und wären bei einer allgemeinen Zollsenkung nicht mehr konkurrenzfähig. Da ein Abbau der vergleichsweise hohen Agrarzölle jedoch zumindest in einem gewissen Maße geboten ist, braucht es kluge Mechanismen,

damit die ärmeren Länder nicht auf Dauer zu den Verlierern solcher Reformen werden. Eine mögliche Kompensation wäre der Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, die stärker als bisher eine nachhaltige ländliche Entwicklung fördern sollte, da dies einer der Grundlage für ein breitenwirksames Wachstum in den ärmeren Ländern ist. Eine solche Co-Finanzierung nachhaltiger Entwicklungsprozesse ist auch ein Ansatzpunkt zur Durchsetzung von besseren sozialen und ökologischen Standards.

### **Ressortübergreifender Austausch**

Mit dieser gemeinsamen Positionierung wurde im Laufe des vergangenen Jahres ein Prozess angestoßen, der hoffen lässt, dass die lange geforderte Kohärenz zwischen Entwicklungs-, Agrar- und Handelspolitik in Deutschland verbessert werden kann. Ein erstes Signal war eine positive Reaktion vom Deutschen Bauernverband durch ihren Präsidenten Gerd Sonnleitner. Sehr viel versprechend war ein gemeinsamer Austausch zu dieser Stellungnahme mit den Bundesministerien für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit und für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, vertreten durch die Parlamentarischen Staatssekretäre Karin Kortmann und Dr. Peter Paziorek. Wie beide bestätigt haben, gab es auf dieser Ebene bisher keinen solchen Themen bezogenen Austausch der beiden Ressorts. Beide Seiten haben ihr Interesse und ihre Bereitschaft signalisiert, das Anliegen des Positionspapiers aufzugreifen und sich für eine kohärentere Gestaltung ihrer Politikbereiche einzusetzen. Dafür ist allerdings als weiterer Schritt notwendig, auch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie einzubeziehen, das zuständig für die WTO-Verhandlungen ist. Mehr Kohärenz in diesem Feld wäre auch im Interesse der Wirtschaftspolitik, weil eine Weiterentwicklung der gesamten Welthandelsordnung vermutlich nur dann zu erreichen sein wird, wenn es gelingt, einen fairen Ordnungsrahmen für den weltweiten Agrarhandel zu schaffen. In diesem Sinn ist der Agrarhandel auch ein Testfall für kohärente Politik.

*DDr. Johannes Wallacher, Professor für Sozialwissenschaften und Wirtschaftsethik an der Hochschule für Philosophie in München und Moderator des Sachbereichs Entwicklung der Deutschen Kommission Justitia et Pax.*

## Darfur - Was kann man tun?

### Interessengelenkte Blockadepolitik aufbrechen

*Die Situation in Darfur ist in erster Linie eine Katastrophe für die davon betroffenen Menschen im Sudan selbst und in den Regionen Sub-Sahara und Zentralafrika. Rund 300 000 Menschen verloren bislang ihr Leben. Mehr als zwei Millionen sind innerhalb des Sudans vertrieben oder haben sich in die Nachbarländer geflüchtet. Die internationale humanitäre Hilfe kommt nur mit Schwierigkeiten an, weil die sudanesische Zentralregierung schlecht oder nicht kooperiert und ständig verzögert. Janjaweed-Rebellen und sudanesische Armee sind eine ständige Bedrohung für die Menschen des Darfur. Die Blauhelme der Afrikanischen Union (AU), im Rahmen der Peace Keeping Operation AMIS (African Union Mission in Sudan) eingesetzt, wirken wenig effektiv und sind mit einem nur schwachen Mandat ausgestattet.*

### Wo liegen die Ursachen des Konflikts?

- Es gibt keine wirklich wirksame Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Sie wird durch das Veto der Volksrepublik China verhindert; dies trotz diplomatischer Offensive der USA sowie häufiger Appelle des UN-Generalsekretärs.
- Das gegenwärtige AMIS-Mandat ist sehr schwach. Die Afrikanische Union zeichnet sich durch organisatorische und finanzielle Schwäche aus. Die logistische und organisatorische Hilfe durch EU und NATO ist begrenzt. Afrika tut sich schwer, diese unvoreingenommen zu akzeptieren.
- Die sudanesische Regierung blockiert ein weitergehendes Mandat. Sie ist weder politisch noch praktisch kooperativ. Eine über AMIS hinausgehende Friedenstruppe will sie faktisch nicht dulden.
- Die Bürgerkriegsparteien verfolgen widerstrebende, oft konkurrierende Interessen. Sie sind

daher kaum an einen gemeinsamen Verhandlungstisch zu bekommen.

- Viele Hilfsorganisationen sehen sich zur Handlungsunfähigkeit verurteilt, weil kein sicheres Umfeld besteht.
- China als nahezu alleiniger Hauptbezieher des im Sudan geförderten Rohöls hat kein Interesse an einer schnellen Stabilisierung der Lage. Zudem profitiert die Zentralregierung in Khartum von den chinesischen Zahlungen.
- Ein Wirtschafts- und/oder Waffenembargo findet bisher keine Zustimmung. Seine Wirksamkeit wäre auch zweifelhaft, würden davon doch vor allem die Menschen getroffen, die zur Zeit schon Opfer sind.

### Deutsche Perspektiven

In der Bundesrepublik zeigt man sich erstaunt, dass die Außenministerin und der UN-Botschafter der USA mit kräftigen Worten ein erweitertes internationales Engagement fordern. Einige deutsche Politiker, auch Regierungsmitglieder, schließen eine Beteiligung mit militärischen Kräften der Bundeswehr nach Vorliegen einer konkreten UN-Anfrage nicht aus, ja fordern sie geradezu. Für andere steht diese Frage zur Zeit nicht auf der Agenda, da die Bundeswehr ohnehin schon an zu vielen Orten dieser Welt, auch in Afrika eingesetzt sei. Der schnelle Ruf nach einem Militäreinsatz macht wieder einmal deutlich, dass die internationale Diplomatie mit ihrem präventiven Ansatz gescheitert zu sein scheint.

### Schwäche internationaler Organisationen

Überhaupt bleibt zu fragen, wie die Vereinten Nationen als supranationale, mandatsstiftende und -gebende Organisation internationalen Konflikten à la Darfur/Sudan begegnen können. Besitzen sie noch hinreichend politische Stärke und Gestaltungsmacht, um auf die Krisen und Konflikte der Gegenwart und Zukunft angemessen reagieren zu können? Und - wenn nicht die UN, wer dann? Die EU und die NATO mögen für manchen aus europäischer Sicht Alternativen darstellen, benötigen aber zum entschiedenen Handeln regelmäßig ein völkerrechtliches Mandat der UN. Es ist leider festzustellen, dass präventive Politik und aktive Diplomatie sich immer dann schwer tun, wenn die Akteure von Krisen und Bürgerkriegen sich den angestrebten Verhandlungslösungen versagen und

entziehen. Die Beispiele Ruanda, früheres Jugoslawien, Nordkorea, Iran, erweiterter Mittlerer Osten und andere mehr mögen deutlich machen, dass ethnische Säuberungen bis hin zum Völkermord, das Streben nach Atomwaffenbesitz und ethnisch-religiöser Fanatismus politisch-diplomatisches Handeln sehr schwer, wenn nicht gar unmöglich machen.

### **Nichtstaatliche Agressoren**

Treten zudem, wie es seit einigen Jahren häufig der Fall ist, nichtstaatliche Agressoren in die Konflikte ein, so lässt sich deren Verlauf noch weniger beeinflussen. Al-Quaida, Taliban, Janjaweed und andere entziehen sich staatlicher Kontrolle. Sie sind asymmetrische Konfliktteilnehmer. Kennzeichen derartiger Konflikte ist also eine zunehmende Entstaatlichung und damit eine Situation, wie wir in Europa sie aus der Zeit vor dem Westfälischen Frieden von 1648 kennen. Der klassische zwischenstaatliche Konflikt, der, so schlimm er auch sein mag, sich nach vereinbarten Regeln des Kriegsvölkerrechts regeln lässt und die Chance zur Verhandlungslösung in sich birgt, scheint zunehmend die Ausnahme zu werden.

### **Öffentlicher Druck**

Im Fall des Darfur haben wir es mit einem innerstaatlichen (Bürger-)Krieg zu tun, der nicht nur asymmetrische Elemente, sondern vor allem eine nicht kooperative sudanesishe Zentralregierung aufweist und der in die Region ausstrahlt. Gefördert durch die politisch-wirtschaftliche Unterstützung eines ständigen Mitgliedes des UN-Sicherheitsrates zeigt sich die Weltgemeinschaft der Staaten (noch) nicht in der Lage, diesen Konflikt mit politischen Mitteln zu lösen; denn jede durchgreifende Lösung hängt zum einen von einem Mandat der VN und zum anderen von der Zustimmung der Regierung des Sudan ab. Trotz des oben geschilderten Engagements von Kofi Annan, der USA und anderer bleibt festzustellen, dass eine Lösung der Darfur-Krise zur Zeit nur schwer vorstellbar ist. Bleibt das Prinzip Hoffnung, also das nimmer müde Streben nach politisch-diplomatischen Ergebnissen, die den Menschen in der Region eine friedlichere Zukunft beschieren. Die zur Zeit laufenden Verhandlungen sind noch inkonklusiv.

In jedem Fall gilt es, den Konflikt in der öffentlichen Debatte, in den Medien zu halten. Er darf

nicht in Vergessenheit geraten. Deutschland kann hier bei seiner EU-Ratspräsidentschaft und durch den G 8-Vorsitz im Jahr 2007 eine führende, treibende Rolle bei der Suche nach Lösungen übernehmen.

### **Kompromisslosigkeit überwinden**

Humanitäre Hilfe vor Ort, so unerlässlich sie als Soforthilfe für die vertriebenen Menschen ist, allein reicht nicht aus. Ebenso wenig genügt es, sich auf einen friedensethisch-moralischen Diskurs zu beschränken. Eine militärische Intervention zu humanitären Zwecken bzw. eine humanitäre Intervention mit militärischen Mitteln, die über das derzeitige AMIS-Mandat hinausginge, scheint politisch (noch) nicht erreichbar. EU und NATO können nur mit erheblichen Schwierigkeiten logistisch, organisatorisch und mit einigen unbewaffneten Militärbeobachtern unterstützen; denn mehr lässt der Sudan nicht zu. Gefragt ist aber vor allem ein politischer Gesamtansatz zur Lösung der Problematik. Die Forderung nach einem verstärktem Einsatz militärischer Kräfte und Mittel allein reicht nicht aus. Sie zeigt vielmehr, dass Politiker, Diplomaten, Hilfsorganisationen und die Akteure vor Ort handlungs-, lösungs- und kompromissunfähig geworden sind.

Allerdings könnte ein Militäreinsatz mit entsprechend robustem Mandat wohl dazu beitragen, eine Ausbreitung des Bürgerkrieges zu verhindern und den Völkermord zu beenden. Die derzeitige Beobachtermission, an der auch deutsche Soldaten teilnehmen, ist sehr begrenzt ausgelegt. Eine stärkere militärische Mission, etwa so wie von Kofi Annan vorgeschlagen, ließe die Hoffnung auf eine politische Gesamtlösung stärker werden. Europa, die USA, die AU und auch Deutschland werden ihren Anteil daran haben müssen.

Den Vereinten Nationen und den Menschen in Darfur und im Sudan bleibt zu wünschen, dass sehr bald eine Lösung gefunden werden kann, die den Bürgerkrieg beendet. In dem Maße, in dem dies nicht oder nicht schnell gelingt, werden das Vertrauen in die politische Wirksamkeit und den Wert der UN weiter ausgehöhlt, werden sich Sterben und Vertreibung im Darfur fortsetzen. Halten wir also den Druck auf UN, EU, die Volksrepublik China und die Bundesregierung aufrecht.

*Karl-Heinz Lather, Generalleutnant; Mitglied des ZdK*

## Handeln bevor es eng wird

Praxisbeispiele aus dem Sozialdienst katholischer Frauen

**Armutsbekämpfung und Armutsverhinderung haben eine lange Tradition im Sozialdienst katholischer Frauen (SkF). Der SkF ist als katholischer Frauen- und Fachverband der sozialen Arbeit 1899 gegründet worden. Er unterstützt insbesondere Frauen, Jugendliche und Kinder, sowie benachteiligte Familien in Not. Seine 14.000 ehrenamtlichen Helfer und Mitglieder sowie 5.000 hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in 150 Ortsvereinen ermöglichen bundesweit eine Hilfe nah am Menschen.**

Die steigende Armut hat den SkF im Jahr 2001 veranlasst, in der Zentrale einen eigenen Fachbereich für "Familienbezogene Armutsprävention" einzurichten. Ziel ist eine frühzeitige Information und Unterstützung von Risikofamilien durch die Ortsvereine, von denen ca. ein Drittel gezielt Projekte zur Armutsprävention durchführt.

### Nachbarschaft stärken

Ein Projekt mit Modellcharakter ist das Nachbarschaftsbüro im Clarenberg. Der SkF Dortmund-Hörde engagiert sich hier seit sechs Jahren im Rahmen des Landesprogrammes "Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf". Frau Smolen, Geschäftsführerin des SkF Hörde: "Die Hochhaus-siedlung Clarenberg ist ein kultureller Schmelztiegel verschiedener Nationen. Sie war in der Vergangenheit stets ein sozialer Brennpunkt. Hier wohnen Menschen, die es schwerer haben als andere und oft von Armut betroffen sind: Menschen ohne Arbeit, Aussiedler, Migranten, aber auch Alte und Einsame. Gemeinsam mit den Bewohnern initiiert unsere Mitarbeiterin Aktivitäten, um die nachbarschaftlichen Strukturen zu verbessern. Wir glauben, dass ein intaktes Wohnumfeld wichtig ist, um die Menschen vor einem weiteren Abstieg auf der Spirale der Armut zu bewahren. Wichtig erscheint uns auch, die Verantwortung für diese Entwicklung bei den Bewohnern zu belassen. Das Engagement hier stärkt das Selbstvertrauen. Die Entwicklung im Clarenberg und das rege Interesse an unserem Projekt aus anderen

Städten zeigt, dass wir auf einem guten Weg sind."

### Bildung fördern

Bildung bietet eine weitere Chance, Armut zu mildern. Das SkF-Haus in Mainz ist mit seinem Projekt "Füreinander - Miteinander" ein solcher "Ort des Lernens". Hier erteilen Ehrenamtliche, überwiegend Lehrerinnen in der Nacherwerbsphase, Migrantinnen Unterricht in der deutschen Sprache.

2004 begannen die ersten Kurse mit dem Ziel, durch gute Sprachkenntnisse die Chancen von Migrantinnen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen, ihnen die Kommunikation mit den Behörden zu erleichtern und Hilfe aus der Isolation zu bieten. Inzwischen werden zwei Kurse pro Jahr durchgeführt. Derzeit unterrichten 20 ehrenamtliche Lehrerinnen rund 60 Schülerinnen. Man trifft sich zweimal in der Woche für 2-3 Stunden. Während die Frauen lernen, werden ihre Kinder betreut. Die Kursdauer bestimmen die Teilnehmerinnen: Die Kurse finden statt, so lange die Frauen sie benötigen.

Mehr als jede zweite Teilnehmerin gelangt über die SkF-Beratung für Schwangere und Frauen in prekären Lebenslagen (Lebens- und Sozialberatung) in die Sprachkurse. Die Klientinnen erfahren in der Beratung eine Entlastung in akuten Krisensituationen, die Vertrauen erzeugt und damit die Voraussetzung schafft, niederschwellige Angebote zur Weiterbildung anzunehmen. Oft bringen diese Frauen dann wiederum Freundinnen und Verwandte mit.

Ilona Jung-Wirth, Diplom-Sozialarbeiterin: "Zu uns kommen Frauen, die in Sprachkursen bei anderen Bildungsträgern nur schwer zu integrieren sind: Für viele ist die Familie die erste Aufgabe, Sprachkurse sind Luxus. Da eine Anwesenheitspflicht nicht existiert und keine Prüfungen durchgeführt werden, kann sehr individuell gearbeitet und auch Rücksicht genommen werden, wenn jemand ausfällt oder zu spät kommt.

Und noch eine Besonderheit: In den Sprachkursen unterrichten ausschließlich weibliche Lehrkräfte, da sonst einige Frauen nicht kommen dürfen."

*Claudia Steinborn, Sozialdienst katholischer Frauen - Zentrale e. V. Referentin Sozialmarketing und Öffentlichkeitsarbeit*

### Gott führt in die Weite

#### Zum Leitwort des Osnabrücker Katholikentags

Ein Journalist berichtet mir, wegen seiner langjährigen Muskelerkrankung sei er nun mit 55 Jahren verrentet worden. Er kann nur noch 20 Minuten am Computer arbeiten, weil dann die Schmerzen zu groß werden. Mit nachdenklichem Gesicht schildert er sein Bemühen, sinnvoll den Tag zu gestalten. Der breite Horizont seiner Arbeit und seines Lebens habe sich verengt auf einen minimalen Wirkungskreis. Immer auf Achse - und nun ein solches Leben! Im Gespräch erhellt sich plötzlich sein Gesicht: "An Weihnachten kommen alle meine erwachsenen Kinder, die verstreut in ganz Europa wohnen." Mit den Kindern kehren Weite und Zukunftshoffnung in sein Leben zurück. Das wird ihm zur lebendigen Weihnachtsbotschaft.

#### Erfahrung der Enge

Eine noch so positive Lebenseinstellung kann nicht verdrängen, dass Enge, Begrenzung und abgeschnittene Möglichkeiten unweigerlich zum Leben gehören. Bereits Kinder sträuben sich gegen Vorschriften, deren Einhaltung von Eltern eingefordert wird, weil sie angeblich für das Leben so wichtig sind. Jugendliche setzen sich mit den Begrenzungen auseinander, die durch Familie, Schule, Arbeitswelt, Peergroups und gesellschaftliche Vorgaben entstehen und die ihnen bei ihrer Suche nach Identität das Leben schwer machen. Die Suche nach erfüllender Arbeit, der Wille, es im Leben zu etwas zu bringen, die Sehnsucht, von anderen wahrgenommen und wertgeschätzt zu werden - vieles bleibt ein ständiges Ringen gegen Grenzen. Dazu kommen Einschränkungen durch persönliches Unvermögen, durch Krankheit, durch zerbrechende Beziehungen und Sicherheiten.

#### Verheißung der Weite

In diese Enge hinein trifft die Erfahrung, die zugleich zu einem Angebot und einer Verheißung wird:

"Er, Gott, führte mich hinaus ins Weite, rettete mich, weil er mich gern hat."

(Psalm 18,20 in einer Übersetzung von Alfons Deissler)

Glaubende Menschen dürfen auf die Geschichte Gottes mit den Menschen zurückschauen und entdecken: Gott ist ein Gott, der befreit und aus

der Enge führt. Gott tut das, weil er den Menschen für wichtig und wertvoll hält, weil er ihn liebt. Das durften die Israeliten erfahren, als Gott sie aus Ägypten und dem Babylonischen Exil führte. Das ist die Erfahrung, die sich durch die gesamte Bundesgeschichte Gottes mit den Menschen zieht.

#### Weihnachten

Für uns Christen ist mit der Menschwerdung des Sohnes Gottes, Jesus Christus, endgültig die Weltgeschichte und die persönliche Lebensgeschichte jedes Menschen in die Perspektive der Freiheit und der Weite gestellt: "Als die Zeit erfüllt war, sandte Gott seinen Sohn, geboren von einer Frau und dem Gesetz unterstellt, damit er die freikaufte, die unter dem Gesetz stehen, und damit wir die Sohnschaft erlangen." (Gal 4,4-5) In der Christmette werden wir Jes 9,2 hören: "Das Volk, das im Dunkel lebt, sieht ein helles Licht." In den Worten und Taten Jesu erfüllte sich bereits die Verheißung der Weite und des neuen Lebens. "Blinde sehen wieder, und Lahme gehen; Aussätzige werden rein, und Taube hören; Tote stehen auf, und den Armen wird das Evangelium verkündet." (Mt 11,5) Sie erleben Weite und Freiheit am eigenen Leib. In der Meditation über die großen Befreiungstaten Gottes dürfen und sollen die Menschen in ihrer kleinen Erfahrungswelt, aber auch in politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen Gottes befreien - des Handeln vermuten und entdecken. Jede Art von Mauerfall und Wiedervereinigung ist eine Art Auszug aus Ägypten und Befreiung aus Exilen. Und in einem Menschen, der heilende und befreiende Worte sprechen kann, setzt der Mensch gewordene Sohn Gottes seine Mission fort.

#### Auf dem Weg nach Osnabrück

Wir erfahren oft genug, dass wir uns die Weite des Lebens nicht einfach selbst verschaffen können. Diese Weite ist letztlich Geschenk. Das verpflichtet jedoch nicht davon, alles Menschenmögliche zu tun, um der von Gott geschenkten Weite in allen Lebensbereichen zum Durchbruch zu verhelfen. Weihnachtlich und programmatisch zugleich ist das Leitwort für den Katholikentag 2008 in Osnabrück "Du führst uns hinaus ins Weite": Einerseits ganz die Weite des Lebens von Gott erwarten, andererseits sich ganz für diese Weite einsetzen.

*Prof. Dr. Hubertus Brantzen, Professor für Pastoraltheologie am Priesterseminar Mainz*

### Flugticketabgabe für die Ärmsten der Welt

Die Vollversammlung des ZdK hat den Deutschen Bundestag und die Deutsche Bundesregierung aufgefordert, ihrer internationalen Verpflichtung nachzukommen, mehr Finanzmittel zur Bekämpfung von Armut und Hunger in der Welt (0,7% des Bruttoinlandsproduktes) zur Verfügung zu stellen. Mit Steigerungen im Bundeshaushalt, weiteren Entschuldungsmaßnahmen sowie der Einführung von innovativen Finanzierungsinstrumenten könne dieses Ziel erreicht werden, heißt es in einer am 24. November verabschiedeten Erklärung. Es sei jetzt an der Zeit, endlich Entscheidungen vor allem über innovative Finanzierungsinstrumente herbeizuführen.

Ein erster Schritt zu innovativen Finanzierungsinstrumenten ist nach ZdK-Auffassung die Einführung einer Abgabe auf Flugtickets auch in Deutschland. Ausdrücklich begrüßte das ZdK die Einführung einer Solidaritätsabgabe auf Flugtickets seit dem 1. Juli 2006 in Frankreich und forderte den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung auf, sich dieser Initiative anzuschließen. Die so gewonnenen Mittel sollen zusätzlich und ausschließlich für Projekte zur Armutsbekämpfung zur Verfügung gestellt werden.

Bis zur Einführung einer Flugticketabgabe regen die Mitglieder des ZdK - nach dem Vorbild des Kolpingwerkes - in ihren Organisationen und Räten an, für jeden getätigten Flug einen pauschalen Betrag von zwei Euro für ein konkretes Entwicklungsprojekt zur Verfügung zu stellen.

### Ausgestaltung der sozialen Dimension Europas

Mit Blick auf die im Januar beginnende Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union hat das ZdK an die Bundesregierung appelliert, ihre Bemühungen über die Neubelebung des Verfassungsprojektes mit einer umfassenden Initiative zugunsten der Ausgestaltung der sozialen Dimension der Europäischen Union zu verbinden.

Große Skepsis vieler Bürger gegenüber der sozialen Orientierung der EU habe nicht zuletzt zur Ablehnung des Verfassungsentwurfs in Frankreich und den Niederlanden geführt. Angesichts dieser Situation brauche die EU eine "kräftige Bestätigung" ihrer sozialen Dimension. Nur so könne das Vertrauen der Menschen in den Sinn und die Leistungsfähigkeit, insbesondere auch in die ihr

zugedachte soziale Schutzfunktion, zurückgewinnen, unterstreicht das ZdK in einer am 25. November 2006 verabschiedeten Erklärung.

Unter dem Titel "Das Europäische Sozialmodell - Richtschnur für Reformen", plädiert das ZdK für eine Stärkung des Konsenses über die Geltung sozialer Grundrechte, Normen und Prinzipien, die den verschiedenen Ausprägungen des Sozialstaates in Europa zugrunde lägen und deren Ziel es sei, wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit in eine Balance zu bringen.

Dieses Europäische Sozialmodell sei derzeit in der Gefahr, als normatives Leitbild verdrängt zu werden. An seine Stelle träten Vorstellungen, die sich ausschließlich an wirtschaftlicher Effizienz orientierten und die den bestehenden gesellschaftlichen Konsens zu zerstören drohten. Als Antwort hierauf müssten die Europäischen Staaten das Gemeinsame ihrer Sozialstaatlichkeit erkennen und eine Gesamtstrategie für die Ausgestaltung der sozialen Dimension der EU entwickeln. Dazu gehöre auch die grundsätzliche Klärung, welchen Stellenwert künftig die Sozialpolitik im europäischen Integrationsprozess haben soll.

### Ladenöffnungszeiten

Angesichts eines regelrechten Wettbewerbs um die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten hat der Präsident des ZdK, Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Verkäuferinnen und Verkäufer gefordert. Wer sich zur Rechtfertigung seines Tuns auf die Individualinteressen einer unbekanntem Zahl von Käufern berufe, müsse sich im Klaren sein, dass er damit die Notwendigkeit begründe, den individuellen Interessen einer großen Zahl von Verkäuferinnen und Verkäufern in Bezug auf den Gesundheitsschutz und die Familiengerechtigkeit ihre Arbeitsbedingungen mit gesetzlichen Maßnahmen zu entsprechen, so Meyer vor der Vollversammlung des ZdK am 24. November 2006. Nachdrücklich erinnerte er in diesem Zusammenhang auch an den verfassungsrechtlichen Schutz von Sonntagen und religiösen Feiertagen. "Wer den besonderen Charakter des Sonntags zerstört, der nimmt unserer Gesellschaft eine der wenigen verbindlichen Gemeinsamkeiten", so Meyer wörtlich.

(Alle Erklärungen der ZdK-Vollversammlung und der Bericht zur Lage des Präsidenten sind auf der Homepage unter [www.zdk.de](http://www.zdk.de) dokumentiert.)

